

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Berlag Heinz. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Ncken, Krefeld, Ruth. Str. 65, Tel. 246 12. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 26

Düsseldorf, den 2. Juli 1932

Verlandort Krefeld

## „Es muß anders werden!“

Eine gewerkschaftspolitische Betrachtung.

„Es muß anders werden!“ Bis zum Ueberdruß oft kann man das hören. Selten steckt ein Wille dahinter. Meistens ist es nur ein träger Wunsch. Im Laufe der Zeit hat sich nun auch noch die parteipolitische Agitation dieser abgegriffenen Redensart bemächtigt, die dadurch zum politischen Programm vieler geworden ist.

„Es muß anders werden!“ „Anders?“ Was heißt das? „Anders“ wird es jeden Tag. Es fragt sich nur, ob es in dem Sinne „anders“ wird, in dem diese Redensart parteipolitisch gebraucht wird. Unter „anders“ denkt sich jeder etwas anderes. Die meisten verstehen darunter Erfüllung ihrer nicht immer bescheidenen Wünsche. In der parteipolitischen Agitation gebraucht man infolgedessen diese Redensart zu einer heillosen Verwirrung und zum Schluß zu völliger Entmutigung oder zur gegenseitigen Vernichtung führen. Denn die persönlichen Wünsche, deren Erfüllung aus agitatorischen Gründen versprochen wird, sind nicht nur sehr verschieden, sie sind zum großen Teil unausgleichbare Gegensätze: die Erfüllung der einen müßte immer auf Kosten der anderen gehen.

Aber es ist doch so: parteipolitische Agitatoren werben für ihre Partei, werben sogar mit größtem Erfolg, indem sie nichts verlangen als Gefolgschaft und nur immer und immer wieder sagen, daß es „anders“ werden müsse. Sie schildern die Not des einen, die Sorgen des anderen, erwähnen den Hunger, den die, und den Verdruß, den jener hatte. Und sie machen das sogar recht geschickt, was aber in diesem Falle kein Lob sein kann. Und wenn sie glauben, nun alles aufgezählt zu haben, was drückt, dann sagen sie, es müsse „anders“ werden. Und sie finden dann die Zustimmung und den Beifall der Oberflächlichen, die die Mehrzahl sind.

Dann denkt der gute Bürger, das „anders“ seien mehr und bessere Geschäfte und weniger und niedrigere Steuern. Der Hausbesitzer meint, damit könne gar nichts anderes gemeint sein als höhere Mieten. Und der Mieter meint, es seien damit niedrigere Mieten gemeint. Der Beamte glaubt, es bedeute, daß alle im Laufe der Jahre erfolgten Gehaltskürzungen in Gehaltserhöhungen umgewandelt werden sollen. Und sein Nachbar lächelt schadenfroh in sich hinein, denn er versteht darunter, daß die Hälfte aller Beamten aus ihren Stellungen hinausgeworfen werden und daß der anderen Hälfte die Gehälter noch weiter gekürzt werden. Der Bauer versteht das „anders“, nicht anders, als daß die Preise seiner Erzeugnisse erheblich steigen. Und die Hausfrau meint, „anders“ sei das Gegenteil, seien niedrige Preise. Der Arbeitgeber ist davon überzeugt, daß es gar nicht „anders“ werden könne, wenn nicht alle Tarifverträge, das Schlichtungswesen, die Sozialgesetzgebung überhaupt und die ihm sehr unbehaglichen Gewerkschaften beseitigt würden. Der Arbeitnehmer meint selbstverständlich genau das Gegenteil: Erhaltung und Ausbau des gesetzlichen Arbeitnehmerschutzes, gute Tarifverträge und Arbeitsbedingungen und Beseitigung der Arbeitgeberwillkür.

Diese Aufzählung von gegenfälligen Wünschen ließe sich noch lange fortsetzen. Das ist aber nicht nötig, denn sie kann für den persönlichen Gebrauch leicht ergänzt oder vervollständigt werden. Und trotzdem behaupten die politischen Geschäftsmacher, die ja in ihrer hemmungslosen Agitation die erwähnte Redensart ausgiebig gebrauchen und auch mißbrauchen, alle die aufgezählten und noch viele andere Wünsche trotz ihrer Gegenfälligkeit erfüllen zu können. Es bedarf keines übermäßig scharfen Nachdenkens, um einzusehen, daß die gleichzeitige Erfüllung aller Wünsche gar nicht möglich wäre, selbst wenn es beabsichtigt sein sollte, was immerhin noch sehr zweifelhaft ist.

Es wäre nun sehr einfach, sich darüber lustig zu machen, daß trotzdem viele Menschen an eine solche Möglichkeit glauben. Aber das wäre unchristlich und unklug zugleich. Der Christ freut sich nicht, wenn andere irren. Und politisch ist es ganz und gar nicht ungefährlich, daß so viele glauben, daß es anders wird, ohne irgendwie dazu beizutragen!

Damit soll aber nicht gesagt sein, als müßte und könnte es nicht anders werden. Es muß und es kann anders werden, wesentlich anders, wenn wir wollen. Freilich, die allgemeine Not mit einem Schlag ins Gegenteil zu verkehren, das ist nicht möglich, wenn auch politische Sprüchmacher behaupten, es zu können. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir uns faktisch im Kriegszustand befinden. Nur wird der Krieg nicht mit Pulver und Blei, sondern mit wirtschaftlichen Waffen geführt. Aber daß die Lasten gerechter verteilt, daß die Arbeitnehmer nicht zum wirtschaftlichen Objekt degradiert werden und daß ein selbstständiges Unternehmertum nicht die nationale Not zur sozialen Reaktion mißbraucht, das zu verhindern ist notwendig und möglich. Und daß die Wirtschaft endlich wieder einen Sinn erhält und damit auch das Leben der Arbeiter, das muß und kann erstrebt werden!

Die Gewerkschaften erklären:

## Notverordnung untragbar!

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellen einmütig fest, daß die in der Notverordnung enthaltenen Abbaumaßnahmen und Neubelastungen die schlimmsten Befürchtungen, die die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft auf Grund der programmatischen Erklärung der Reichsregierung hegen mußte, weit übertreffen. Damit hat sie den Kampf aufgenommen gegen die sozialen Einrichtungen des Staates, den sie als „soziale Wohlfahrtsanstalt“ bezeichnet hat. Dieser Angriff muß von den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten als eine Herausforderung empfunden und mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die unter größten Opfern von den Arbeitnehmern aufgebauten sozialen Versicherungseinrichtungen sind in ihren Grundlagen bedroht. Die Arbeitslosenversicherung ist praktisch beseitigt. Die Arbeitslosen werden rücksichtslos der „Armenpflege“ überlassen. Die steuerlichen Neubelastungen sind vornehmlich den leistungsschwachen Schichten auferlegt.

Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren Wirtschaftslage und ein Ende

der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen.

Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geiste wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutze des Besitzes bereit findet, verkennt seine vornehmste nationale Aufgabe.

Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, sich mit ihnen in der Bekämpfung dieses sozialen Unrechts zu vereinen. Sie sind entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder den Lebensraum zu verschaffen, der die unerlässliche Voraussetzung für die Gesundung von Wirtschaft und Staat ist.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. — Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. — Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände. — Allgemeiner freier Angestelltenbund. — Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. — Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter

## Gegen Faschismus und Reaktion!

Eine Kundgebung der christlichen Gewerkschaften.

Am Samstag, dem 18. Juni, tagte in Königswinter der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlich-nationalen Gewerkschaften, um Stellung zu nehmen zu der durch die politischen Ereignisse der letzten Wochen geschaffenen Lage. Der Hauptvorstand war geschlossen der Ansicht, daß die Zusammensetzung des neuen Kabinetts, in dem sich kein einziger Vertreter der breiten Volksschichten befindet, eine starke Herausforderung des Bürgertums, insbesondere der Arbeiterschaft, darstellt. Dieses Kabinett hat, das kam einmütig zum Ausdruck, durch seine bisherigen Maßnahmen den Beweis erbracht, daß es sich nicht nur als Plakhalter einer volksstaatfeindlichen Regierung einer nahen Zukunft betrachtet; vielmehr hat es sich selbst durch den Inhalt der bisher erlassenen Notverordnungen und ebenso sehr durch das, was diese Notverordnungen an positiven Maßnahmen zur Vinderung der Folgen der schweren wirtschaftlichen Krise nicht enthalten, als

Wegbereiter eines faschistisch-reaktionären Regiments deutlich zu erkennen gegeben.

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes wird die ganze Kraft der Bewegung dafür mobil machen, daß die gegen den sozialen Volksstaat vorgehenden, offen und verdeckt wirkenden Kräfte nicht obliegen. Er erhebt gegen die unsozialen Bestimmungen der Notverordnungen der neuen Regierung in der Öffentlichkeit und bei allen in Frage kommenden Regierungsstellen schärfsten Protest. Zugleich fordert er von der Regierung positive Maßnahmen zur Ueberwindung der wirtschaftlichen und sozialen Not.

Schärfsten Protest erhebt der Hauptvorstand des Gesamtverbandes ferner dagegen, daß durch die Aufhebung des Verbotes der S. A. und S. S. eine Erschütterung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe, sowie die Gefährdung des Lebens von einzelnen Persönlichkeiten herbeigeführt

wird. Das geschieht noch dazu in einem mit Aufregungen ohnehin überfüllten Wahlkampf, den die Mehrheit des Volkes nicht gewünscht hat. Der Hauptvorstand erwartet von der Reichsleitung unverzügliches rücksichtloses Einschreiten gegen alle Gewalttätigkeiten. Er wird seine eigenen Maßnahmen zur Abwehr solcher Gewalttätigkeiten und jeglichen Terrors weiter verstärken, insbesondere durch Ausbau der Volksfront, die trotz stärksten Abwehrkampfes gegen alle Gewalt den Grundlag der Volksgemeinschaft aufrechterhält.

Durch die ganzen Verhandlungen ging als entschlossener Grundzug die Ueberzeugung: Die christliche Arbeiterschaft hat durch ihr hingebungsvolles vaterländisches Verhalten im Jahre 1918 wesentlich dazu beigetragen, eine Diktatur von links zu verhindern. Sie wird am 31. Juli 1932 alles daran setzen, den Sieg einer Klassenherrschaft rechtsradikaler Kreise zu vereiteln.

Dem Herrn Reichspräsidenten wurde folgendes Telegramm gesandt:

„Der in Königswinter versammelte Hauptvorstand der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands erhebt schärfsten Protest gegen den unsozialen Gehalt der letzten Notverordnung und gegen die Aufhebung des Verbotes der S. A. und S. S. Der von der Mehrheit des Volkes nicht herbeigewünschte Wahlkampf erfährt dadurch eine Verschärfung, die an vielen Stellen zu Gewalttätigkeiten führen wird. Der Hauptvorstand erwartet vom Herrn Reichspräsidenten die volle Einsetzung seiner Autorität und seiner staatsrechtlichen Befugnisse zur völligen Aufrechterhaltung der staatsbürgerlichen Freiheit jedes einzelnen Deutschen, vor allem auch des werktätigen Volkes in Stadt und Land.“

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

In diesem Sinne wird es aber nicht anders, wenn die Arbeitnehmer sich auf andere verlassen. Darum ist es ihre Aufgabe, zu kämpfen. Und „anders“ wird es auch nicht, wenn nur die äußeren Formen verändert werden. Wenn der ganze Staat und die Wirtschaft von Grund auf umgekehrt würden, wäre doch noch nichts gewonnen. Anders in dem Sinne, wie es die Allgemeinheit erfährt und die Arbeiterschaft erstreben muß, wird es erst, wenn die Menschen anders werden! Diese Erkenntnis darf uns nicht verloren gehen. Davon müssen wir auch andere überzeugen.

Und auch davon müssen wir die Mägen und die Bergagten in unseren Reihen überzeugen, daß heute noch mehr als sonst die Arbeitnehmer zusammenstehen und zu-

sammenhalten müssen! Wenn wir wollen, wird es anders. Aber wollen müssen wir! Es nur zu wünschen, genügt nicht. Träge darauf zu warten, während die Gegenseite dazu entschlossen ist, die große Not zu mißbrauchen, um all das zu zerstören, worum die Arbeitnehmer ein halbes Jahrhundert gekämpft haben, wird nun zum Verrat an der Arbeiterbewegung!

Es muß anders werden! Mag das für andere nur eine gedankenlos gebrauchte Redensart sein, für uns soll es ein Entschluß sein! Und nie wollen wir vergessen und müssen es auch anderen sagen: es wird anders, wenn wir wollen! Es wird anders, ganz anders, als unsere Gegner wollen. Es ist Zeit, daß wir alle wollen!

# Die neue Arbeitslosenunterstützung

### Unterstützungsabbau bis zu 56 Prozent!

Der Eingriff der jüngsten Notverordnung in das Recht der Arbeitslosen ist außerordentlich schwer. Die Arbeitslosenversicherung, bisher trotz aller Einschränkungen ein gewisser Rückhalt beim Verlust des Arbeitsplatzes, ist dieses Charakters in stärkstem Maße entkleidet. Sie ist keine Versicherung mehr, sondern durch den radikalen Abbau der Unterstützungsdauer auf sechs Wochen mit dann folgender Hilfsbedürftigkeitsprüfung zu einer Einrichtung geworden, die die Arbeitnehmerkraft stark belastet. Letzteres tritt besonders heftig zutage, wenn man neben der Beschränkung der Bezugsdauer die enorme Kürzung der Unterstützungssätze in Betracht zieht. Diese beträgt im Durchschnitt 23 Prozent der bisherigen Sätze. Sie wirkt sich jedoch auf die einzelnen Lohnklassen durchaus verschieden aus. Im allgemeinen wird an den unteren Klassen wenig geändert. Dafür ist der Eingriff bei den höheren Klassen umso stärker. Dadurch, daß neuerdings drei verschiedene Ortsklassen eingeführt werden, in denen die Unterstützungssätze verschieden geregelt sind, wird das Ausmaß der Kürzungen am schwersten in den ländlichen Gebieten.

Im nachstehenden geben wir eine Uebersicht über die Höhe der neuen Unterstützungsleistungen im Vergleich zu den bisher gezahlten Beträgen. Dabei muß ausdrücklich bemerkt werden, daß die frühere Unterstützung 20 Wochen lang gezahlt wurde, die neue dagegen nur sechs Wochen.

Arbeitslosenunterstützung in Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A.

Klasse	Wöchentliche Unterstützung bei							
	zuschlagsberechtigten Angehörigen							
	0		2		4		6	
	früher	jetzt	früher	jetzt	früher	jetzt	früher	jetzt
	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.
I	5.60	5.10	6.40	6.60	6.40	6.60	6.40	6.60
II	7.20	6.40	8.40	9.00	9.60	10.50	9.60	10.50
III	8.00	7.20	9.60	10.50	11.20	12.60	12.00	12.60
IV	8.80	8.40	10.92	12.00	13.02	15.60	15.12	15.60
V	9.45	8.40	12.15	12.00	14.85	15.60	17.55	17.40
VI	11.55	8.40	14.85	12.00	18.15	15.60	21.45	19.20
VII	12.68	9.90	16.58	14.70	20.48	19.50	24.38	24.30
VIII	13.50	9.90	18.00	14.70	22.50	19.50	27.00	24.30
IX	15.36	11.70	20.40	17.10	25.50	22.50	30.60	27.90
X	17.10	11.70	22.80	17.10	28.50	24.20	34.20	27.90
XI	18.90	11.70	25.20	17.10	31.50	22.50	37.80	27.90

Wie aus dieser Aufstellung hervorgeht, sind die Unterstützungssätze der unteren Lohnklassen ziemlich dieselben geblieben. Weitere Abstriche ließen sich hier nicht durchführen, weil die Beträge an sich schon auf ein Minimum, das nicht unterschritten werden kann, gesunken sind. In den mittleren und besonders in den höheren Klassen sind die Kürzungen umso empfindlicher. Sie betragen in Klasse XI bis zu 38 Prozent. Noch bedeutender sind die Abstriche in der Ortsklasse mit mehr als 10 000 Einwohnern.

Arbeitslosenunterstützung in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern.

Klasse	Wöchentliche Unterstützung bei							
	zuschlagsberechtigten Angehörigen							
	0		2		4		6	
	früher	jetzt	früher	jetzt	früher	jetzt	früher	jetzt
	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.
I	5.60	5.10	6.40	6.60	6.40	6.60	6.40	6.60
II	7.20	6.40	8.40	9.00	9.60	10.50	9.60	10.50
III	8.00	7.20	9.60	10.50	11.20	12.60	12.00	12.60
IV	8.80	8.40	10.92	12.00	13.02	14.40	15.12	14.40
V	9.45	8.40	12.15	12.00	14.85	14.40	17.55	16.20
VI	11.55	8.40	14.85	12.00	18.15	14.40	21.45	18.00
VII	12.68	8.40	16.58	12.00	20.48	15.60	24.38	19.20
VIII	13.50	8.40	18.00	12.00	22.50	15.60	27.00	19.20
IX	15.36	9.90	20.40	14.70	25.50	19.50	30.60	24.30
X	17.10	9.90	22.80	14.70	28.50	19.50	34.20	24.30
XI	18.90	9.90	25.20	14.70	31.50	19.50	37.80	24.30

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die Abstriche in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern viel bedeutender sind, wie in Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A. Sie erreichen hier in einzelnen Positionen bis zu 48 Prozent. Trotzdem gibt es in der Ortsklasse von 10 000 und weniger Einwohnern noch rigorosere Abstriche.

Arbeitslosenunterstützung in Orten mit 10 000 und weniger Einwohnern.

Klasse	Wöchentliche Unterstützung bei							
	zuschlagsberechtigten Angehörigen							
	0		2		4		6	
	früher	jetzt	früher	jetzt	früher	jetzt	früher	jetzt
	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.
I	5.60	4.50	6.40	5.70	6.40	5.70	6.40	5.70
II	7.20	4.50	8.40	6.90	9.60	8.10	9.60	8.10
III	8.00	5.10	9.60	8.10	11.20	9.60	12.00	9.60
IV	8.80	6.00	10.92	9.00	13.02	12.00	15.12	12.00
V	9.45	6.00	12.15	9.00	14.85	12.00	17.55	13.50
VI	11.55	6.00	14.85	9.00	18.15	12.00	21.45	15.00
VII	12.68	7.20	16.58	10.80	20.48	14.40	24.38	18.00
VIII	13.50	7.20	18.00	10.80	22.50	14.40	27.00	18.00
IX	15.36	7.20	20.40	10.80	25.50	14.40	30.60	18.00
X	17.10	8.40	22.80	12.00	28.50	15.90	34.20	19.20
XI	18.90	8.40	25.20	12.00	31.50	15.90	37.80	19.20

In dieser Aufstellung betragen die Abstriche gegenüber den bisher gezahlten Sätzen bis zu 56 Prozent! Erst wenn man diese Zahlen auf sich einwirken läßt, erregt man die ganze Tragweite der jüngsten Notverordnung. Sogar in den untersten Klassen, in denen der Unterstützungssatz pro Tag keine Mark erreicht, ist noch gekürzt worden. Wenn man es überhaupt bedenkt, daß die Arbeitslosenversicherung in ihrer neuen

Gestalt nur geeignet ist, die Arbeitnehmer stärkstens zu belasten, so dürfte dies nicht zu viel behauptet sein. Das Ziel der Reaktion: Zusammenlegung der Versicherung mit der Fürsorge, ist durch diese Notverordnung weitgehend erreicht. Logischerweise hätte man bei diesem Zusammenstreichen der Leistungen auch die Beitragspflicht der Versicherten entsprechend einschränken müssen. Doch daran wurde nicht gedacht. Jetzt besteht für die Versicherten wohl noch die alte Beitragspflicht, aber das Recht auf Unterstützung ist weitgehend beschränkt.

Die Bedürftigkeitsprüfung, die nunmehr nach sechs Wochen Unterstüßungsbezug einsetzt, entspricht nicht mehr der bisher geübten Praxis. Sie wird wesentlich verschärft werden. Es ist nämlich ausdrücklich davon die Rede, daß es sich um „Hilfsbedürftigkeit“ handeln muß. Wie weit dieser Begriff gedehnt werden wird, muß die nächste Zukunft zeigen. Es besteht die große Gefahr, daß dieser neue Begriff der „Hilfsbedürftigkeit“ die Verelendung der Arbeitslosen mit ihren Familien weiter fördern wird. Die Arbeitnehmerschaft kann an einer derartigen „Versicherung“ kein Interesse mehr haben. Weitgehende Verpflichtungen bedingen entsprechende Rechte. Indem man letztere gestrichen hat, ist auch für erstere kein Rechtstitel mehr gegeben. Deshalb verlangen wir von der neuen Regierung, daß sie diese einseitig die Arbeitnehmerschaft belastenden Maßnahmen rückgängig macht.

R. W.

## Die staatsfeindlichen Gewerkschaften.

Bei einer politischen Diskussion mit der „Freiburger Tagespost“ macht in der „Breisgauer Zeitung“ (Nr. 107 vom 9. 5. 32) ein führendes katholisches Mitglied des badischen Stahlhelms interessante Ausführungen über die Einstellung des Stahlhelms zur christlichen Arbeiterschaft und zu den Gewerkschaften insbesondere. Wir messen den wenig stichhaltigen und noch weniger sachkundigen Ausführungen jenes Stahlhelmsführers, Herrn Dr. jur. W. R. Graf zu Trautmannsdorff, nicht so viel Bedeutung zu, als daß wir uns damit auseinandersetzen wollten. Lediglich seine Ausführungen zu den Gewerkschaften scheinen uns erwähnenswert insofern, als sie erneut die dilettantische Behandlung der Gewerkschaftsfrage durch den Stahlhelm, der bekanntlich durch die Einrichtung der Stahlhelmselfshilfe immer wieder versucht, einen eigenen Gewerkschaftsladen aufzumachen, zeigen und ebenso aufschlußreich über die Einstellung des Stahlhelms zu den Gewerkschaften sind. Die fragliche Erklärung, die uns so lediglich in jenen Ausführungen interessiert, aber verdient festgehalten zu werden: „Wir bekämpfen die Gewerkschaften aus dem Grunde, weil sie in ihrer heutigen Form der Nation schädlich sind.“ Der Stahlhelm kennt also nur staatsfeindliche „klassenkämpferische Gewerkschaften“. Ein Unterschied zwischen sozialistischen und christlichen Gewerkschaften besteht dabei für ihn nicht. Das ist bei der geistigen Führung seiner „Arbeiterpolitik“ durch Grafen von und zu allerdings nicht verwunderlich. Die Gewerkschaften sind für ihn eben staatsfeindlich und müssen beseitigt werden. Die Arbeiterschaft mag sich das einprägen. Sie hat alle Verantwortung, diesen arbeiterfreundlichen Bemühungen des Stahlhelms gegenüber auf der Hut zu sein.

## Der Dank des Vaterlandes

Man hätte erwarten dürfen, daß die neue Reichsregierung, die sich bekanntlich aus ganz besonders „nationalen“ Persönlichkeiten zusammensetzt, bei ihren Notverordnungsmaßnahmen zum mindesten die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen von weiteren Belastungen ausnehmen würde. Das war umso mehr anzunehmen, als bekanntlich der Reichspräsident Herr von Hindenburg gerade in seiner Stellungnahme gegenüber dem alten Kabinett mit Nachdruck eine Befreiung der Kriegsoption von weiteren Belastungen forderte. Von Kriegsbeschädigten und Kriegsverletzten ist Herr von Hindenburg das besonders hoch angerechnet worden. Umso größer mußte die Enttäuschung dieser Kriegsoptioner sein, nach Bekanntwerden der neuen Notverordnung jetzt das Gegenteil feststellen zu müssen.

Obgleich die Lebenshaltung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bereits durch zahlreiche Sparverordnungen der Reichsregierung unerträglich gemindert wurde, sieht die Notverordnung vom 15. 6. d. J. entgegen jeder berechtigten Erwartung und entgegen der früheren Ablehnung neuer Rentenkürzungen durch den Herrn Reichspräsidenten wiederum außerordentliche Einschränkungen des bisherigen Versorgungs- und Verfahrensrechtes vor.

Bei den sogenannten Leichtbeschädigten ist zunächst eine Rentenkürzung von 20 Prozent verordnet worden. Der Begriff „Leichtbeschädigte“ darf indessen nicht zu der irrigen Annahme führen, daß nur die leichteren Versorgungsfälle einer neuen Rentenkürzung unterworfen wurden. Man darf nämlich nicht übersehen, daß die Versorgungsberechtigten bei einer geringeren Erwerbsminderung bereits vor Jahren aus der Reichsversorgung vollständig ausgeschieden wurden. Unter den Begriff „Leichtbeschädigte“ fallen daher heute Versorgungsberechtigte, bei denen schon erheblich gesundheitliche und wirtschaftliche Schwächen vorliegen. Es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß die größte Zahl der Leichtbeschädigten von der allgemeinen Erwerbslosigkeit betroffen ist, da sie einen besonderen Kündigungsschutz nicht genießen und da ferner vielfach gerade die durch das Dienstbeschädigungsleid verursachte Behinderung den Entlassungsgrund abgegeben hat. Schließlich ist auch der Leichtbeschädigten gegenüber den übrigen Erwerbslosen bei den Unterstüßungen aus der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsunterstützung nur ein minderes Recht zuerkannt worden, da selbst ihre bescheidenen Versorgungsgebühre, die vom Reich zum Ausgleich für die wirtschaftlichen Schwächen und für die durch das Dienstbeschädigungsleid bedingten Mehraufwendungen gewährt werden, auf die erstgenannten Unterstüßungen ganz oder zum großen Teil in Anrechnung kommen. Von den Kürzungsmaßnahmen der neuen Notverordnung werden daher die Versorgungsberechtigten ganz besonders empfindlich getroffen.

Einen schweren Eingriff bedeutet noch die Begrenzung der Kinderzulagen auf das 15. Lebensjahr. Zahlreiche Kriegsbeschädigte, darunter auch die Schwerbeschädigten, erleiden durch diese Beschränkung bedeutende Rentenausfälle. Schließlich ist auch in der Waisenversorgung die Rente fast bisher auf das 18. Lebensjahr auf das 15. Lebensjahr beschränkt worden. Den außerordentlich schweren Eingriff dieser neuen Beschränkung in das bisherige Recht mag man daran ermessen, daß von den bislang 50 000 Waisenrenten zukünftig 300 000 Waisenrenten in Fortfall kommen. Nach der neuen Notverordnung sollen indessen die Waisenrenten bis zum 18. Lebensjahr fortgezahlt werden, wenn die Berufsausbildung der Kriegswaisen bei Vollendung des 15. Lebensjahres noch nicht abgeschlossen ist. Hier wird eine große Lücke in der Notverordnung offenbar. Es entsteht die wichtige Frage, was mit jenen Kriegswaisen geschehen soll, die bei der Vollendung des 15. Lebensjahres noch in keiner Lehrstelle untergebracht werden konnten. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes ist die Zahl dieser Fälle verhältnismäßig sehr groß. Den nachgeordneten Behörden werden hier Entscheidungen von weittragender Bedeutung zugewiesen, da diese für den ganzen Lebensweg der betreffenden Kriegswaisen bestimmend sind.

Eine Beschränkung des Anspruchs der Versorgungsberechtigten ergibt sich auch aus der durch die Notverordnung wieder eingeführten Gebührenpflicht für das Spruchverfahren. Im Berufungsverfahren soll eine Gebühr in Höhe von RM. 5,—, im Rekursverfahren von RM. 10,— und im Falle der Wiederaufnahme eines Verfahrens eine Gebühr von RM. 20,— erhoben werden. Wenn man bedenkt, daß unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen die größte Zahl der Versorgungsberechtigten nicht in der Lage sein kann, diese Beiträge zu zahlen, so bedeuten diese Vorschriften nichts anderes, als ein rigoroses Verfagen der für alle Versorgungsberechtigten bisher zugestandenen Rechtsmittel. Diese Rechtsbeschränkung gewinnt eine umso größere Bedeutung, als gerade unter dem Druck der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse die Zahl der von den Versorgungsbehörden angeordneten Rechtsnachprüfungen ständig in starkem Maße zunimmt.

Daß ferner auch noch eine wesentliche Verschlechterung des Versorgungsrechtes durch die Umwandlung von Rechtsansprüchen in sogenannte „Kann“-Ansprüche eingetreten ist, soll hier nur angedeutet werden.

Wenn schon durch die früheren Sparverordnungen die Grenzen des Erträglichsten in vielen Punkten überschritten wurde, so wird durch die neuen Rentenkürzungen ein Zustand geschaffen, der unter keinen Umständen auch nur kurze Zeit aufrecht erhalten bleiben kann. Wie kaum je vorher haben diese Rentenkürzungen eine gewaltige Erregung in Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hervorgerufen, die in lauten Protestkundgebungen und in erregten Demonstrationen zum Ausdruck kommen. Da hierdurch Explosivstoffe geschaffen wurden, die zur Entladung drängen, muß es die selbstverständliche Pflicht aller politisch verantwortlichen Stellen im Reiche sein, für eine unverzügliche Aufhebung der Bestimmungen dieser Notverordnung Sorge zu tragen, die die Kriegsoptioner in so schwerem und in so ungerechtfertigtem Maße treffen.

## Wer hat, dem wird gegeben

Nach der Erklärung der neuen Reichsregierung im Regierungsprogramm, daß vornehmste Aufgabe der künftigen politischen Führung die Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation sei, konnte man mit Recht erwarten, daß die Notverordnung des Kabinetts Schleicher-Papen in tief einschneidender Weise endlich auch jene längst geforderte Anpassung der überhöhten Gehälter in Industrie und Verwaltung an unsere wirtschaftliche Notlage bringen würde. Die Notverordnung hat leider auch nach dieser Seite hin bitter enttäuscht. Sie belastet zwar wiederum die unteren Volksschichten mit Unterstützungsabbau und Verschlechterungen der Unterstüßungsbedingungen für Erwerbslose, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, sie bringt zwar eine verstärkte steuerliche Heranziehung wiederum der unteren Volksschichten zur Arbeitslosenhilfe — von einer Heranziehung der Großverdiener zu den notwendigen Opfern aber ist dabei nicht die Rede. Das Gegenteil ist der Fall. Gewerblicher Mittelstand, industrielle Großverdiener, freie Berufe usw. sind von der neuen Belastung der Arbeitslosenhilfe überhaupt befreit geblieben. Die Abänderung über die Bestimmungen der Krisensteuer jener Gruppen ändert daran nichts. Darüber hinaus aber wird der Industrie durch die neue Notverordnung ein besonders Geschenk gemacht. Die Sondersteuer der Großbetriebe, nämlich die sogenannte Industrieaufbringung, wird für sie um die Hälfte abgebaut. Vergleicht man nach diesen Neuerungen die steuerliche Belastung der Arbeitnehmer insgesamt mit jener der freien Berufe, des gewerblichen Mittelstandes, der Beamten und der industriellen Großverdiener, dann erkennt man deutlich, wie einseitig wiederum die Heranziehung der unteren Volksschichten zu den neuen Opfern erfolgt ist. Bei einem Durchschnittseinkommen, wie es die Arbeiterschaft heute allgemein verdient, bleiben jene Gruppen zum großen Teil überhaupt von diesen Steuern frei. Wer hat, dem wird gegeben.



hältnisse des einzelnen Betriebes offen lassen", und "Gesundung der Ueberspannung und Starrheit der heute geübten Tarifregelungen durch Beseitigung des staatlichen Zwangs[schieds]spruchs". Das sind uns nicht unbekannt Forderungen der Arbeitgeber und bedeuten auf gut deutsch: Durchbrechung des Tarifrechts durch Beseitigung des Lohnschutzes und des Tarifvertrages für viele Bezirke überhaupt. Daß Zwangsschieds-sprüche keinen Idealzustand darstellen, ist unbestritten. Daß sie aber in unzähligen Fällen die rein vertragliche Vereinbarung ersetzen müssen, ist wahrlich nicht Alleinschuld der Arbeitnehmer. Auch nicht in Württemberg! Unbekannt sind uns aber auch nicht die beschrittenen Wege, die zum Ziele führen sollten. Eins hat man erreicht: Die Regierung Brüning-Siegerwald hat nach langer Mühsal den antisozialen Kräften weichen müssen, natürlich aus "nationalen Gründen"! Voll Genugtuung stellt die "Süddeutsche Zeitung" fest: "Die Gewerkschaften sind es, die nicht nur das durch und durch reaktionäre Bonzenium in Deutschland erhielten, sondern die auch hinter den Staßlin, aber oft genug sich entbüllend, die Figuren in dem Schachspiel schoben; das wir zwei bittere Jahre lang als Brüning-Regierung erlebt haben. Die Neuwahlen müssen endlich auch hier klare Bahnen schaffen und den Marxismus (sprich: Gewerkschafts-Einfluß!) endgültig zur völligen Einflußlosigkeit verdammen". Wenn dieser Artikel in genannter Zeitung mit der Ueberschrift "Die Vorstufe" versehen ist, um wir gut, von uns aus der richtigen Schlußfolgerung nicht aus dem Wege zu gehen, d. h. w a c h s a m und stark zu sein!

Eins hat man aber noch nicht erreicht: uns den zähen Abwehr- und Kampfeswillen zu nehmen. Das darf auch nicht erreicht werden! Kampfeswillen bedeutet für uns Lebenswillen. Wir wollen leben, und darum wollen wir kämpfen, und weil wir kämpfen wollen und müssen, darum sind wir Gewerkschaftler mit eisernem Willen und Wollen: Jetzt erst recht! B. G.

**Zum Tarifstreit für die münsterländische Textilindustrie**

In den Verhandlungen über die Tarifstreitigkeiten in der münsterländischen Textilindustrie machte der Schlichter einen Vorschlag, wonach Mantel- und Lohn-tarif wieder in Kraft gesetzt werden. Nach diesem Vorschlag sollen ab 27. Juni die Löhne um 5,5 Prozent gesenkt werden. Der so geschaffene Lohnstarif soll mit monatlicher Frist zum 31. Oktober kündbar sein.

Beim Manteltarif soll für Nachtarbeit statt bisher 25 Prozent Zuschlag in Zukunft 10 Prozent Zuschlag gesetzt werden. Bei Betriebsstörungen sollen in Zukunft für die erste ausfallende Schicht vier Stunden, für die folgenden Schichten je zwei Stunden gezahlt werden. Die Urlaubsvergütung wurde dergestalt geregelt, daß die Kurzarbeit Berücksichtigung findet. Jedoch sollen mindestens 30 Stunden als Urlaubsvergütung gezahlt werden. Für das Jahr 1932 sollen fünf Sechstel der vorstehenden Vergütung, jedoch mindestens 30 Stunden, gezahlt werden. Der Manteltarif soll erstmalig mit dreimonatlicher Frist zum 30. 6. 1933 kündbar sein. Am 1. Juli soll über diese Vorschläge in der Schlichterkammer weiter beraten werden.

**Fünfter Kongress des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften in Antwerpen**

Der Kongress begann seine Tagung am 21. und 22. Juni im Kongresslokal "Harmonie". Blumen und Fahnen in den einzelnen Landesfarben gaben dem Kongresslokal ein freundliches Gepräge. Ein großes in die Augen springendes Transparent zeigte die Aufschrift "25 000 000 Erwerbslose" und kennzeichnete den Weg der Wirtschaftskrise. Gleichzeitig wurde damit die Aufgabe des Kongresses gekennzeichnet, Wege aus der Weltwirtschaftskrise zu zeigen.

Dem Kongress gingen katholische und evangelische Gottesdienste voraus, so die nötige geistige Grundlage schaffend. Kollege Otte-Berlin leitete den Kongress mit einer großen Eröffnungsrede ein. Er wies darauf hin, daß der fünfte Kongress in einer Zeit größter Spannungen fällt. Nicht nur im Leben des einzelnen Staates, sondern im internationalen Leben der Völker spüren wir die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die ihren Ursprung im Weltkrieg hat. Anstatt daß Friede und Eintracht herrschen und zu neuem Leben aufbauen, stehen sich die Völker feindselig gegenüber. Gegenseitige wirtschaftliche Absperrungen schlagen die Wunden im Wirtschaftskörper noch größer und hemmen jede wirtschaftliche Entfaltung. Die rückläufige Entwicklung bringt Not und Elend. Große Teile der Produktivkräfte werden brachgelegt. Dazu kommen noch vielfach politische Störungen. In solcher Zeit kommt dann ein Kongress besondere Bedeutung zu, und alle Kongressteilnehmer sind sich der hohen Verantwortung bewußt. Wir wollen zu allen Fragen des öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens Stellung nehmen, die dem Einzelnen und auch die Gesamtheit betreffen. Die Völker sind heute mehr denn je aufeinander angewiesen. Der Zustand des Mißtrauens, der trotz aller gegenseitigen Versicherungen besteht, darf nicht als unabänderlich hingenommen werden. Es fehlt in der Welt nicht an Hemmnissen, mittels der die Menschen unzulängliche Wirtschaftsformen schaffen, die vom Geist des Egoismus beherrscht werden. Hier aber liegt die Schuld letzten Endes bei der Menschheit selbst. Die Not der Armen und Bedrängten kann tatsächlich nur durch eine Aenderung des Zustandes herbeigeführt werden, das ist Aufgabe des Kongresses. Möge Gottes Segen über unserer Arbeit ruhen.

In seinen späteren Ausführungen gedenkt Otte der im Dienste der christlichen Gewerkschaftsbewegung Verstorbenen. Einen besonderen Nachruf widmet er dem kürzlich verstorbenen Direktor des Internationalen Arbeitssamtes Albert Thomas. Obwohl er weltanschaulich nicht zu uns gehörte, in seiner internationalen, sozialen Arbeit war er unser.

Anschließend gab der Generalsekretär Kollege Berrens, Utrecht, den Gesamtsitzung zu dem das Wort in der Aussprache nicht gewünscht wurde.

Alsdann behandelte Kollege Dr. Theodor Brauer, Sonneberg, in wertvollen Ausführungen "Die Weltwirtschaftskrise". Wir werden sein Referat in einer der nächsten Nummern unserer Verbandszeitung im Auszug veröffentlichen.

Bei Schluß der Redaktion spricht Kollege J. Rauta, Amsterdam, über "Die Sozialpolitik im Zeitalter der Rationalisierung".

**Aus der Jugendbewegung Treffen der Lachener und Dürerer Textilarbeiterjugend in Riedeggen.**

Der Wunsch unserer Verbandsjugendleitung, auch im Jahre 1932 kleinere Jugendtreffen zu veranstalten, wurde von den männlichen Jugendgruppen der Geschäftsstelle Lachen sowie der Dürerer männlichen Jugendgruppe in die Tat umgesetzt. Als Tagungsort wurde das idyllische Eifelstädtchen Riedeggen gewählt. Die Freude und Begeisterung der jugendlichen Kollegen war groß. Samstag, den 4., und Sonntag, den 5. Juni, fand das langersehnte Treffen statt. Samstags brachte das Dampfboot die Lachener Gruppe nach Dürren, wo wir von der dortigen Gruppe erwartet und auf das herzlichste begrüßt wurden. Nach kurzem Sammeln führte uns der Weg durch die schönen Straßen Dürens nach Burgau, das wir in kurzem Aufenthalt besichtigten. Nach dreistündiger munterer Wanderung war die Jugendherberge in Riedeggen erreicht. Vier Lachener Kollegen hatten die Wanderung auf Schusters Rappen am Tage vorher zurückgelegt und hatten bei unsemem Eintreffen bereits die notwendige Stärkung vorbereitet. Gegen Abend trafen auch die Kollegen aus Conzen, Brand und Höfen ein. Nach dem gemeinsamen Abendessen vereinten uns einige frohe Stunden bei Song und Lautenklang in der Jugendherberge. Nur allzusehnlich verstrichen die Stunden der wahren Freude und echter Kameradschaft. Gegen 10 Uhr wurden die Schlafräume aufgesucht, um für den Sonntag frisch und munter zu sein.

Der Sonntagmorgen vereinte alle Teilnehmer zum gemeinsamen Gottesdienst. Ihm folgte eine erhabende Rundgebung in der Jugendherberge. Die Morgenfeier wurde durch einen gut gelieferten Marsch der Dürerer Musikabteilung eingeleitet. Der Prolog "Junges Leben" wurde schmunzvoll und begeistert von einem jungen Kollegen vorgelesen. Sodann hieß der Jugendführer, Kollege Friem (Dürren), alle Teilnehmer herzlich willkommen. Nach dem gemeinsamen Lied "Wilde Gezeiten" sprach Kollege Bröckes von der Geschäftsstelle Düren. Redner führte u. a. folgendes aus:

Heute, in ernster Stunde, in der eine dunkle Zukunft vor uns liegt, wo eine Reichsregierung, deren Ziel in der Bildung einer wahren Volksgemeinschaft bestand, von ihrer Regierungslässigkeit zurücktrat, stehen wir zusammen, um uns klar zu werden über die Gefahren, die uns als Arbeiter und dem deutschen Volk drohen. Wirtschaftliche Depression und ein nicht zu übersehender Radikalismus hat uns in eine schwere Wendebewegung geführt. Während sieh wir vor einer neuen Zeitwende im Wirtschafts- und Kulturleben. Soll diese Zeit zum Guten überwand werden, so muß alles getan werden, damit die schwer erkämpften Rechte der Arbeiterschaft gewahrt werden. Die Zusammenführung der neuen Reichsregierung ist für die Arbeiterschaft keine befriedigende. Jene Kräfte, die schon seit langer Zeit der Opposition und Reaktion nahestanden, haben die neue Reichsregierung gebildet. Diese Zeit, in der die Reaktion versucht, ihre unsozialen Pläne auszuführen, muß uns geistig gegen unerschütterlichen Abwehrkampf. Gerade in der jetzigen Zeit muß die christliche Arbeiterbewegung alles aufbieten, um aus dem schweren Kampf siegreich hervorzugehen. Gerade unsere christliche Gewerkschaftsbewegung hat in der heutigen Zeit eine hohe Mission zu erfüllen. Alle sind wir bereit, mitzuarbeiten an einer Neuordnung, die nach christlichen Grundsätzen entsteht, einer Neuordnung aber, die aus egoistischen und materialistischen Bestrebungen wächst, stehen wir kampfbereit gegenüber. Für uns gibt es nur die Parole: Stärkung unserer christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung.

Mit brausendem Beifall wurden die Ausführungen des Redners aufgenommen. Anschließend wurde von der Dürerer Gruppe der Sprechchor "Seid bereit" vorgelesen. Musikvortrage und Gesang wechselten in bunter Reihenfolge ab. Temperamentvoll wurde der Prolog "Unserm Christusbanner" von dem Kollegen Bröckes vorgelesen. Sodann sprach der Kollege Steiger (Lachen). Auch er forderte auf, trotz der schwierigen Zeit dem Verbände Treue und Geselligkeit zu halten. Das teuer erkaufte Erbe unserer Väter müßte die junge Gewerkschaftsgeneration übernehmen und in voller Verantwortung weitertragen. Alle, die heute noch der christlichen Gewerkschaftsbewegung fernstehen, müßten in die große Schicksalsgemeinschaft eingegliedert werden. Nur eine geschlossene disziplinierte Arbeiterschaft kann diesen reaktionären Plänen gewaltigen Kräfte entgegenwirken. Deshalb unser Kampf gegen alle Feinde der Arbeiterschaft. Auch diese Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Mit dem Lied "Wann wir schreiten" fand die prächtige Rundgebung ihren Abschluß.

Nach dem ersten Teil kam auch Söber und Frohinn zur Geltung. Nach erster Beisessarbeit wurde auch eine körperliche Kräftigung abgelegt. Bei einem heißen Fußballspiel Lachen-Dürren gab es manche heitere Szene. Die Lachener Gruppe war in beständiger Beziehung weit überlegen (der Berichterstatter ist natürlich Lachener). Die Schlußleistung) und brachte einen schönen Erfolg. Nach dem Mittagessen wanderten wir über den Schönbach-Bach dem Eifelbüschchen Untermaubach zu, welches wir nach dreistündiger Fußwanderung erreichten. Dort trennten wir uns von der Dürerer Gruppe und fuhren unserer Heimat zu. Alles in allem: es war ein Treffen recht christlicher Gewerkschaftler. Die jugendlichen können mit Stolz auf die beschlossenen Veranstaltungen zurückblicken. Möge das Erlebnis noch allen lange in Erinnerung bleiben und rechten Lebensdrang in uns jugendlichen auslösen zur aktiven Mitarbeit und Stärkung unseres christlichen Textilarbeiterverbands. J. S.

**Rheine. Ferienfahrt der Jugendgruppe.**

Seit langem waren wir uns über eine Ferienfahrt nach der Porta und zum Hermannsdenkmal einig. Die letzten Vorbereitungen waren getan. Da setzte der Himmel plötzlich Pfingstmontag in wenigen Stunden Straßen, Gärten usw. unter Wasser, und niemand glaubte, daß man am Dienstagmorgen fahren könnte. Aber Dienstag morgen 6.30 Uhr war man zur Stelle. Die Reisigen wurden geholt und 6.5 Uhr konnte die Abfahrt von Hatten gehen. Der Wettergott zeigte wohl noch kein gutes Gesicht, aber wir jungen: Regen und Wind, wir lachen darüber. Ja Desaband, das wir in drei Stunden erreichten, wurde kurz Kaffee geschlocht, und weiter ging's über Welle, wo zum ersten Male abgeholt wurde, nach Bad Drenhausen. Da durch den stürzenden Regen die Straßen glatt waren, mußten wir vorsichtig anfahren. Der Kollege Raus mußte kurz vor Drenhausen einen schönen Puzelbaum beim Anbreiten eines Schlagloches der Straße und mußte mit hasserter Hufe und leicht verletztem Bein vorlieb nehmen. In Drenhausen besuchten wir das Rathaus und den wunderbaren Rauspark. Gegen 7 Uhr kamen wir an der Porta an. Leider war uns der Aufstieg zum Kaiserdenkmal und Mittelbundesbrunnen nicht möglich. Wegen des anhaltenden Regens begnügten wir uns mit einer Besichtigung von fern. Dann fuhren wir nach Kückberg, wo wir in der Jugendherberge übernachteten. Wir wurden freundlich von den dortigen Gruppen und von der Herbergswärter aufgenommen. Beglückte hatte schon für uns Kaffee geschlocht, der

allen nach der Fahrt kräftig mundete. Nachdem die nassen Sachen zum Trocknen aufgehängt waren, sangen wir noch einige Lieder mit den anderen Gruppen und gingen kurz vor 10 Uhr zu Bett.

Am zweiten Tag der Fahrt wurden zuerst die Räder repariert, so daß wir gegen 9 Uhr weiterfahren konnten — zum Hermannsdenkmal. Gegen 11 Uhr aber war es mit dem Fahren vorbei. Pannnen hatten wir bis dahin fast gar nicht, aber jetzt Schlag auf Schlag. 5-7 mal mußte gesticht werden, Ketten zer-rissen. Aber wir kamen doch zum Ziele — nach Belmold, wo wir die Jugendherberge aufsuchten. Da die Stadt Badesanstalt gleich daran war, wurde zuerst ein frisches Bad genommen. Denn waren wir am Dienstag durch Regen nass, waren wir's am Mittwoch durch Schwitzen. Nach dem Bad erkletterten wir das Hermannsdenkmal. Zwei Kollegen, die die Fahrt im vorigen Jahre gemacht hatten, kochten ein ordentliches Abendmahl (Dampf-kartoffeln mit Spiegeleiern). Als wir von der Besichtigung des Denkmals zurückkamen, war das Essen fertig, und alle ließen sich gut schmecken. Nach kurzer Unterhaltung mit den verschiedenen Gruppen gingen wir schlafen. Um 5 Uhr morgens hieß es die Heimfahrt antreten, da Kollege Kamp am Freitag in Rheine sein mußte. In aller Stille wurden die Sachen gepackt, die Räder nachgesehen, und 5.30 Uhr konnte die Heimfahrt angetreten werden: über die Veinenstadt Bielefeld nach Gütersloh, wo wir uns Kaffee kochten und unser Mittagessen im Freien einnahmen. Dann ging's über Warndorf, wo kurz halt gemacht wurde, nach Münster. In Emsdetten machten wir zum Abschluß beim Kollegen Kamp Rast. Dort wurde ordentlich gegessen, und dann ging's der Heimat zu. Binnen drei Viertelstunde waren wir in Rheine. Es war aber auch schon 10 Uhr abends. Wir fuhren also schon 16 Stunden am letzten Tag und waren froh, das Ziel erreicht zu haben. So trennten wir uns mit dem Wunsch, im nächsten Jahre wieder eine solche Fahrt zu machen, mit frohem Verbandsgruß! J. B.

**Berichte aus den Ortsgruppen**

**Bergisch-Glabach.** Am 14. Juni 1932 hielt die Ortsgruppe Bergisch-Glabach des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter eine Mitgliederversammlung ab. Der Geschäftsführer, Kollege Paul Böhm er, Köln, sprach über die Delegiertentagung des Bezirkes Rheinlands. Er legte eingehend die Lage des Verbandes dar, der unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen wohl zu leiden, aber durch die kluge Führung des Zentralvorstandes in seinem ganzen Aufbau gesund und stark sei. Sparmaßnahmen würden der Zeit entsprechend schon seit längerer Zeit gehandhabt und in Zukunft weiter durchgeführt, damit die Schlagfertigkeit der Organisation bei den Auseinandersetzungen mit seinen Gegnern erhalten bleibe. Besonders erläuterte er die Schwierigkeiten, in der die Arbeiterschaft sowohl nach der wirtschaftlichen wie arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Seite hin gedrängt worden sei. Zum Schluß erklärte er die Entschiedenheit der Bezirkstagung, die die Stellungnahme der christlichen Textilarbeiter Rheinlands darlegt. Die nachfolgende Entschließung wurde in der Ortsgruppenversammlung einstimmig angenommen und damit die zu leistende Arbeit in der kommenden Zeit dargelegt:

Die am 28. und 29. Mai 1932 zu M. Glabach tagende Vertreterversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter für den Bezirksbezirk Rheinland erhebt gegen die Bestrebungen auf weitere Belastung der Arbeiterschaft schärfsten Protest.

Die von den Unternehmern der Textilindustrie geförderten weiteren Lohn- und tarifpolitischen Verschlechterungen lehnt die christliche Textilarbeiterchaft ganz entschieden ab. Nicht nur die sehr ungünstige soziale Lage der Textilarbeiterchaft, sondern auch die allgemeine Marktlage der Textilindustrie trägt weitere Lohnsenkungen nicht mehr. Völlig unerschöpflich ist die Haltung der Unternehmer in einzelnen Tarifbezirken zum staatlichen Schlichtungswesen. Während man die staatliche Subvention oder Unterstützung in der Finanzwirtschaft bei Handel, Industrie und Landwirtschaft für selbstverständlich hält, will man den staatlichen Lohnschutz beseitigt wissen und verdrückt dieses Ziel zu erreichen durch Sabotage des Schlichtungswesens. Die Arbeiterschaft muß verlangen, daß der Staat in der Hilfeleistung und Unterstützung für alle Stände und Berufe das gleiche Recht gelten läßt.

Sinnföhllich der Arbeitszeit in der Textilindustrie fordert die Konferenz umgehende Gesetzesmaßnahmen, die den anarchischen Zuständen in der Arbeitszeitgestaltung ein Ende bereiten. Es ist ein Unling, daß einzelne Betriebe in gesteigerter Schichtarbeit über 80 Stunden und mehr pro Woche arbeiten, dagegen andere Betriebe stark unter Kurzarbeit leiden bzw. zum völligen Stillstand kommen. Die Einführung der 40-Stunden-Woche und die Beseitigung von untragbaren Mißständen in der Arbeitszeitfrage ist dringend erforderlich im Interesse der Textilwirtschaft und um die vorhandene Arbeit auf möglichst viele Arbeitskräfte zu verteilen.

Die in letzter Zeit auftauchenden Gerüchte über den Inhalt der zu erwartenden Notverordnung lassen befürchten, daß weitere erhebliche Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung für die Sozial- und Kleinrentner sowie bei den Wohlfahrtsverwerbslosen geplant sind. Die wirtschaftliche Not der Beschäftigungslosen hat ein derartiges Ausmaß angenommen, daß weitere Abzüge bzw. Einsparungen untragbar sind und zur Katastrophe führen. Die Konferenz fordert, daß die vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vorgelegenen Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftsnot und zur Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltungen endlich Beachtung finden.

Trotz Not und Entbehrungen ist die Erhaltung schlagkräftiger gewerkschaftlicher Organisationen dringend geboten. Die Gewerkschaften sind das einzige Bollwerk gegen Reaktion und Diktatur. Die Textilarbeiterchaft wird aufgefordert, alles zu tun, um die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken.

**† Sterbetafel †**

- Maria Janig, Langenbielau, 68 J. — J. Strietholz, Vorken, 60 J. — Joh. Kroll, Saals, 60 J. — Anton Conen, M. Glabach, 57 J. — Joh. Bietzen, Düren, 55 J. — Karl Thome, Cottbus, 79 J. — Elise Huber, Augsburg, 28 J. — H. Schmidt, Barmen, 60 J. — Math. Wilh. Feinip, Koelgen, 63 J. — Joh. Böcker, Heidenheim, 63 J. — Joh. Giers, Hehn, 80 J. — Gerh. Demes, Stadthofa, 71 J. — Martha Labott, Cronau, 27 J. — Bernh. Theismann, Rheine, 31 J. — Regina Song, Lachen, 60 J.

**Inhaltsverzeichnis.**

„Es muß anders werden!“ — Notverordnung untragbar! — Gegen Faschismus und Reaktion! — Die neue Arbeitslosenunterstützung. — Die staatsfeindlichen Gewerkschaften. — Der Dank des Vaterlandes. — Wer hat, dem wird gegeben. — „Seid eudene“ Wünsche. — Arbeitszeitgestaltung in der Textilindustrie. — Württembergische Arbeitgeber tagen. — Zum Tarifstreit für die münsterländische Textilindustrie. — Fünfter Kongress des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften in Antwerpen. — Aus der Jugendbewegung: Treffen der Lachener und Dürerer Textilarbeiterjugend in Riedeggen. — Rheine. Ferienfahrt der Jugendgruppe. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bergisch-Glabach. — Sterbetafel.

Schriftleitung: Otto Waier, Düsseldorf, Hordstr. 7.